Sonntag, **22. August** 1999

„Ich bin ein Sozi und bleibe es auch“

Wie fühlt der ehemalige Regierungschef sich heute regiert? Was hält er von Schröder und Lafontaine, Eichel und Trittin? Warum hat die politische Klasse an Qualität eingebüßt? Alt-Bundeskanzler **Helmut Schmidt** im WELT am SONNTAG-Interview mit Klaus Bölling und Peter Gauweiler

Es gilt das gesprochene Wort

Bölling: *Herr Schmidt, wie fühlen Sie sich dieser Tage regiert?*

Helmut Schmidt: Mittelmäßig.

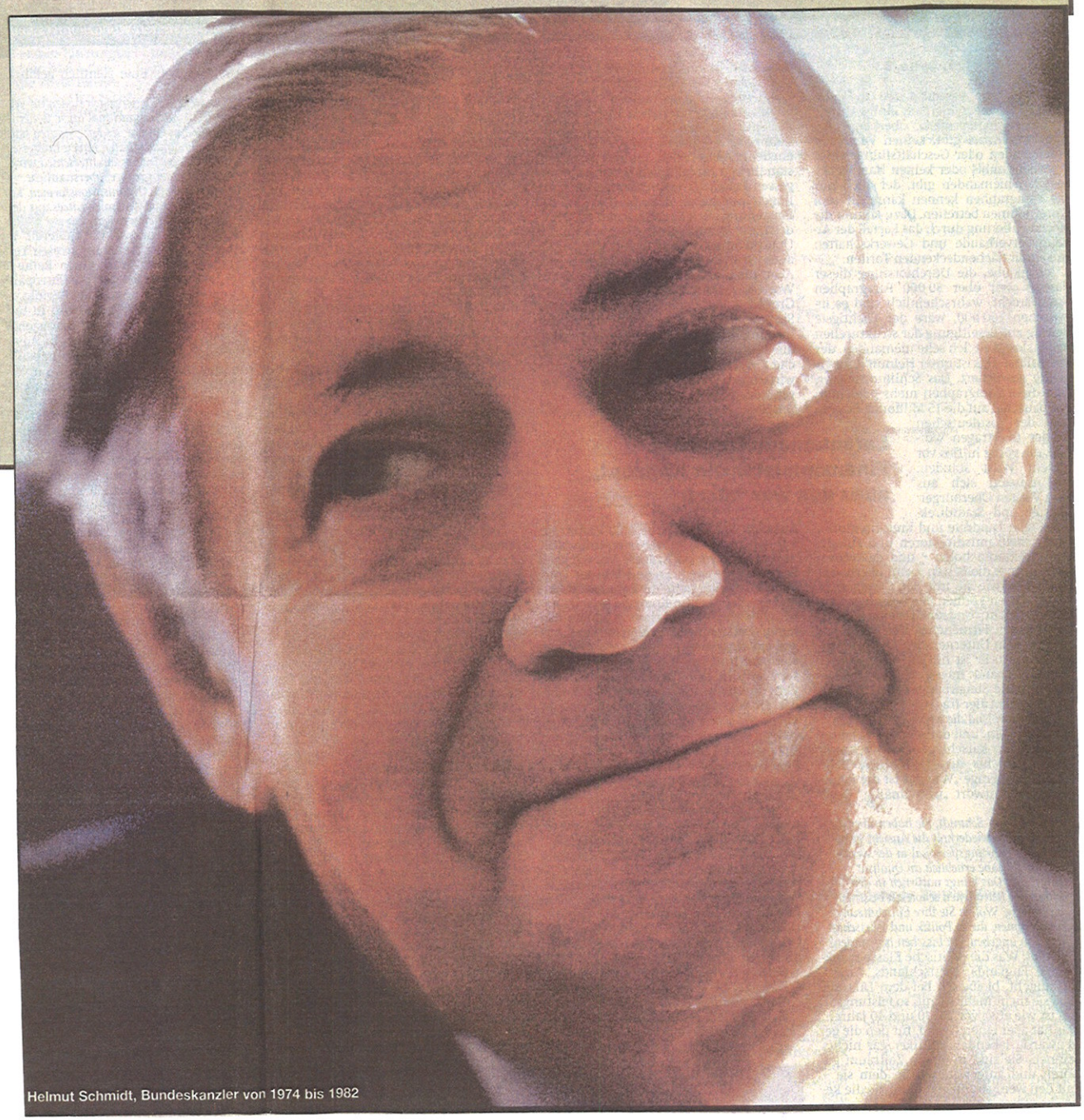
Gauweiler: *Die Leute sagen: „Was ist eigentlich los bei unserer Regierung?“ Kann es vielleicht sein, dass es mit dem zu tun hat, was Ihr alter Freund Franz Josef Strauß einmal das Problem der parasitären Publizistik genannt hat, die Unsitte, sich auf Kosten des eigenen Lagers zu profilieren?*

Schmidt: Diese Frage kann ich ohne Einschränkung bejahen. Das ist so. Aber es ist nicht die Hauptsache. Und nicht alle Publizistik ist parasitär, die die Regierung kritisch unter die Lupe nimmt.

Gauweiler: *Ich dachte jetzt einfach, die Sozis untereinander.*

Schmidt: Ich weiß, ich weiß. Im Grunde steht die Regierung, die Kohl nachfolgte, vor Problemen, die sich in der zweiten Hälfte der Ära Kohl entwickelt haben, strukturelle Probleme geworden sind, und die Sozialdemokraten waren darauf nicht ausreichend vorbereitet.

Gauweiler: *Die Probleme sind?*



Helmut Schmidt, Bundeskanzler von 1974 bis 1982

Schmidt: Lassen Sie mich Ihnen vier nennen. Erstens: Die Überalterung der deutschen Gesellschaft plus eine strukturell gewordenen Arbeitslosigkeit in der Größenordnung zwischen vier und sechs Millionen, eher sechs als vier, hat die Sozialversicherung, vor allem die Rentenversicherung, seit 1992 in eine Strukturkrise gebracht. Ich erkenne nirgendwo Leute mit umfassenden Konzepten, die wissen, wie man damit umgeht. Nicht bei der CSU und nicht bei der CDU, nicht bei den Freien Demokraten und bei den Sozialdemokraten auch nicht.

Zweitens: Wenn die Rentenversicherung das einzige Problem wäre, ginge es ja noch. Aber ich habe das zweite schon en passant erwähnt, das ist die strukturelle Arbeitslosigkeit, die Auswirkungen hat auf die Rentenversicherung, Auswirkungen auf die Staatsfinanzen, Auswirkungen auf die psychische Befindlichkeit der Gesamtgesellschaft. Es gibt niemanden, der mit einem Konzept auftritt und sagt: „Das und das und das muss geschehen." Herr Lafontaine als Finanzminister hatte ein Konzept, aber das war falsch. Er dachte, es sei eine konjunkturelle Sache, die man mit Keynesianischem Deficit-Spending aus der Welt schaffen kann.

Drittens: Das dritte Problem, das in der Kohl-Zeit entstanden ist, ist der Staatshaushalt. Wir haben heute eine drei oder vier Mal so hohe Staatsverschuldung wie 1982, als ich aus dem Amt ging. Eine Verdoppelung würde man ertragen müssen angesichts der Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten, aber es ist ein bisschen reichlich viel geworden. Und es kommen jedes Jahr neue Defizite oben drauf. Der Eichel ist der erste, wenn ich es richtig sehe, der wenigstens mit einem Konzept an das Thema rangeht. Natürlich muss er dabei jedem auf den Fuß treten. Und alle schreien sie gleichermaßen.

Viertens: Ein viertes Feld ist die entsetzliche Überregulierung der deutschen Wirtschaftsgesellschaft.

Gauweiler: *Überregulierung durch den Staat.*

Schmidt: Ja. Ich habe Mitte der neunziger Jahre einmal auf meiner Fensterbank in meinem Büro das gesammelte Einkommensteuerrecht aufmarschieren lassen, daneben gestellt das gesamte Baurecht, 1400 Seiten, alles nur Bundesrecht. Daneben Umweltrecht, alleine 600 Seiten. Nur Paragraphen, nicht etwa Kommentare und höchstrichterliche Rechtssprechung. Und ich habe gesehen, dass es wahrscheinlich, abgesehen von einigen wenigen Wirtschaftsprüfern, überhaupt keinen Firmenchef gibt, keinen Vorstandsvorsitzenden oder Geschäftsführer einer Familien-GmbH oder keinen Handwerksmeister, niemanden gibt, der auch nur die Paragraphen kennen kann, die sein Unternehmen betreffen. Dazu kommt die Überregulierung durch das Kartell der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften mit ihren flächendeckenden Tarifen.

Ich glaube, die Durchforstung dieser damals weit über 80 000 Paragraphen Bundesrecht, wahrscheinlich sind es inzwischen 100 000, wäre der wichtigste Beitrag zur Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit. Ich sehe niemanden, der das anfasst. Das ist unter Helmut Kohl gewaltig gewuchert. Das Schlimmste war, dass diese Paragraphen mehr oder minder pauschal auf die 15 Millionen Bewohner der ostdeutschen Länder übertragen wurden, die völlig hilflos vor diesem Wust standen. Sie mussten sich aus dem Westen Oberbürgermeister und Stadtdirektoren oder Landräte und Kreisdirektoren oder Arbeitsamtsdirektoren und Finanzamtsdirektoren holen – und das waren nicht immer die Besten –, um überhaupt zu wissen, wie sie mit der Gesetzesflut fertig werden können. Sie wissen es heute noch nicht. Und auch heute gibt es noch keinen Firmenchef, der weiß, was alles für sein Unternehmen an Vorschriften existiert. Er ist hilflos. Also muss er seinen Verband fragen, seinen Anwalt fragen, seine Steuerberater fragen, seine Wirtschaftsprüfer fragen.

Gauweiler: *Und die wissen es auch nicht.*

Schmidt: Nein, und dann kriegt er lauter verschiedene Ratschläge. Es ist schrecklich. Angesichts dieser Probleme habe ich auf Ihre Frage „Wie gut ist die Regierung" die Antwort „mittelmäßig" gegeben.

Bölling: *Herr Schmidt, Sie haben über die letzten Jahre wiederholt die Ansicht geäußert, das Führungspersonal in der westlichen Welt habe erheblich an Qualität eingebüßt. Das klingt natürlich in den Ohren der Betroffenen schon ein bisschen hochmütig. Wollen Sie Ihre Einschätzung der Personen, die in Politik und Wirtschaft den Ton angeben, ein bisschen begründen?*

Schmidt: Was die politische Klasse Frankreichs, Englands, Deutschlands, Amerikas angeht, bleibe ich bei dem Diktum, dass sie nicht mehr so gut, so leistungsfähig ist wie etwa vor 25, 30 und 40 Jahren. Das hat aber einen Grund, für den die gegenwärtig lebenden Politiker gar nichts können. Sie sind in einem Zeitraum geboren und aufgewachsen, in dem sie – mit den wenigen Ausnahmen, die die Regel bestätigen – keine großen Katastrophen durchzustehen hatten. Die jetzt regieren, ob im Weißen Haus oder in Downing Street Number 10 oder im Elysee, das sind alles Nachgeborene. Clinton hat nicht einmal Vietnam erlebt, nur von weitem aus Zeitung oder Fernsehen.

Gauweiler: *Der wollte eigentlich auch nicht dorthingehen.*

Schmidt: Das habe ich zwischen den Zeilen andeuten wollen. Das heißt, die großen Katastrophen, die ihre Vorgänger gehärtet hatten, blieben ihnen erspart. So ein Kerl wie der Schumacher, statt mit vier Gliedmaßen nur mit dreien, zum Schluss nur noch mit zweien, der war geprägt durch das, was er erlebt hat. Das gilt auch noch für die Kriegsgeneration, zu der der vorhin erwähnte Franz Josef Strauß gehörte oder der Wolfgang Döring oder ich zum Beispiel. Wir hatten genug Katastrophen erlebt. Die jetzige Führungsgeneration hat einen im Schnitt sehr viel leichteren Start ins Leben gehabt. Es gibt Ausnahmen. Schröder hat sich als junger Mann durchbeißen müssen. Er hat es nicht ganz so leicht gehabt wie manch anderer. Aber sie durften studieren. Und sie brauchten keine Angst zu haben, dass sie verhungern. Und sie brauchten nicht auf Bettelrouren durchs Land zu gehen, von Dorf zu Dorf, was wir gemacht haben, meine Frau und ich 1946 oder 1947. Dafür können sie nichts. Aber weil das so ist, haben sie auch nicht den Biss.

Bei dem Kapitel Wirtschaft ist es etwas anderes. Manche Manager neigen heutzutage zum Größenwahn. Das ist in Amerika so, etwas weniger ausgeprägt in Kanada als in USA, aber es greift nun gewaltig nach Europa über. Am schlimmsten auf dem Felde der Finanzmärkte, aber auch in der produzierenden Industrie. Dabei spielten die Ereignisse dieses mörderischen Jahrhunderts sicherlich auch eine Rolle. Sie haben auch Leute an der Spitze großer Firmen, großer Unternehmungen, Banken, Handelshäuser die ehedem mehr oder minder selbstverständlichen moralischen Spielregeln vergessen lassen. Zwei Weltkriege und Millionen Tote haben dazu beigetragen, die Einstellung auch der Menschen zu verändern, die Verantwortung für ein großes Unternehmen tragen. Natürlich hat es auch früher schon Tycoons gegeben. Aber man konnte sich früher auf das Wort des Vorstandsvorsitzenden einer Großbank verlassen. Aber heute wissen Sie gar nicht, ob der nächstes Jahr noch im Amt ist. Am laufenden Band werden die Leute ausgewechselt. Die menschliche Zuverlässigkeit hat gelitten, was die wirtschaftlichen Führungsfiguren angeht, auch in Deutschland.

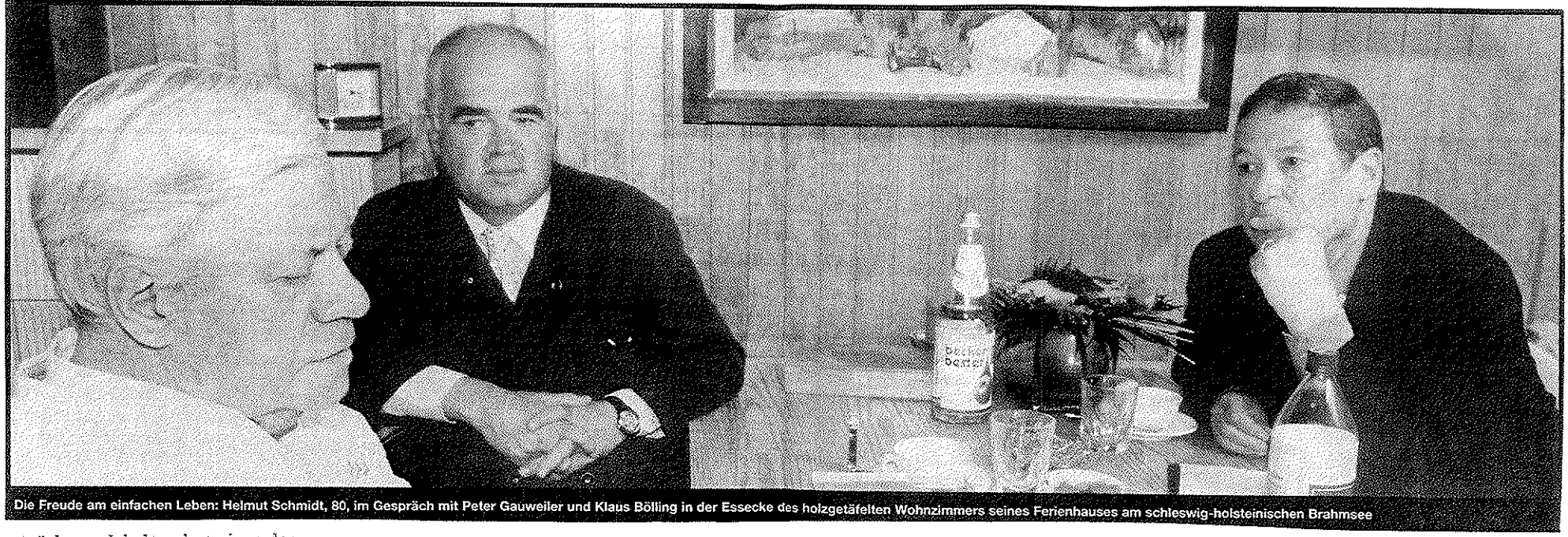
Bölling: *Eine Art von Dehumanisierung?*

Schmidt: Ich will das nicht überspitzen. Ich will nicht sagen, sie seien inhuman. Aber sie sind rücksichtsloser. Vor ein paar Tagen wurde mein Freund Werner Otto 90 Jahre alt. Ich hatte die Lobrede zu halten. Er selber lag im Krankenhaus. Da habe ich vorher ein bisschen in seinen früheren Einlassungen geblättert und bin auf ein Interview gestoßen, dass er vor vier oder fünf Jahren gegeben hat. Darin setzt er sich mit der mangelnden Aufsicht durch die Aufsichtsratsvorsitzenden der großen Aktiengesellschaften auseinander. Sie säßen gleichzeitig in so und so vielen Unternehmen als Aufsichtsratsvorsitzende, dass sie im Einzelnen gar nicht Bescheid wissen können. Und er verlangte, dass sie sich auf eine, höchstens zwei Gesellschaften konzentrieren, in denen sie dann aber auch wirklich die Aufsicht führen. Und da gibt es dann bei Otto einen schönen Satz. Dem Sinne nach sagt er: „Die Erhaltung von einigen Tausend Arbeitsplätzen verlangt einen erstklassigen Aufsichtsratsvorsitzenden." Diese Gesinnung fehlt bei den Schrempps, den Breuers und wie sie heute alle heißen. Und das Gleiche gilt für die Fusion der beiden bayrischen Banken, damit das Bild nicht allzu einseitig gerät.

Bölling: *Herr Schmidt, Sie haben in Ihrem Buch „Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral" mehrfach den „Raubtierkapitalismus" gegeißelt und damit den ungeteilten Beifall auch Ihrer linken Parteifreunde gefunden. Gibt es auch in unserem Land heute ernst zu nehmende Symptome dieses „Raubtierkapitalismus"?*

Schmidt: Ja. Allerdings gibt es in Deutschland viel stärkere Gegenkräfte als etwa in den USA. Einige unserer Shareholder-Value-Akrobaten haben sich in den letzten Jahren schon wieder etwas zurückgenommen, weil sie auf Widerstand stoßen. Eines der politischen Probleme, die sich aus der gegenwärtigen Entwicklung der kapitalistischen Unternehmen ergibt, ist ihre Internationalisierung. Sie führt dazu, dass das Spitzenmanagement großer, international tätiger Firmen an Dispositions-Macht gewinnt zu Lasten der Dispositions-Möglichkeiten durch die jeweiligen nationalen Parlamente und nationalen Regierungen. Das ist ein Problem, für das bisher Lösungen nicht sichtbar sind. Aber ich denke, es

Lafontaine hatte als Finanzminister ein Konzept, aber das war falsch



Die Freude am einfachen Leben: Helmut Schmidt, 80, im Gespräch mit Peter Gauweiler und Klaus Bölling in der Essecke des holzgetäfelten Wohnzimmers seines Ferienhauses am schleswig-holsteinischen Brahmsee

wird im nächsten Jahrhundert eines der größten Probleme für die demokratisch organisierten Gesellschaften: Müssen Regierungen es letzten Endes hinnehmen, wenn der Chef eines großen finanziellen Dienstleistungsunternehmens wie zum Beispiel in München die Allianz-Gruppe öffentlich sagt: „Entweder macht ihr mit euren Steuern das, was ich für richtig halte, oder ich gehe ins Ausland."

Bölling: *Das kann eine tödliche Krise der Demokratie bedeuten.*

Schmidt: Ich würde nicht sagen tödlich, aber es kann jedenfalls zu einer Krise der Demokratie führen. Es ist ja heute schon so, dass die Regierungen begreifen, dass sie miteinander im steuerpolitischen Wettbewerb stehen. Sie richten ihre Steuern, zum Teil, danach aus, wie das Nachbarland X oder das Wettbewerbsland Y sich steuerpolitisch verhält, damit die Unternehmen bei ihnen bleiben und nicht auswandern. Angefangen haben das Regierungen von Staaten, die früher keiner gekannt hat, wie Bermuda zum Beispiel. Bermuda ist heute der Sitz von ich weiß nicht wie vielen Finanzgesellschaften. Oder Luxemburg, in unserer unmittelbaren Nähe. Alle großen deutschen Banken haben einen eigenen Palast in Luxemburg. Und jeden Morgen fährt ein Zug von Brüssel nach Luxemburg und mittags fährt er zurück. Der heißt in Brüssel der „Dividendenzug", worin die Brüsseler Bürger nach Luxemburg fahren, ihre Zinsen oder Dividenden in bar abholen und wieder nach Hause fahren, natürlich aber nicht versteuern. Luxemburg ist ein Beispiel für ein Bermuda mitten in Europa. Die Luxemburger haben einstweilen noch kein schlechtes Gewissen, doch es wird ihnen gemacht werden. Das geht so auf die Dauer nicht.

Aber es wird einstweilen lange Zeit dabei bleiben, dass Regierungen miteinander im Wettbewerb stehen, um die für die Unternehmen günstigste Steuerpolitik zu haben. Eine ziemlich gefährliche Geschichte.

Gauweiler: *Regierungen stehen im Wettbewerb, Staaten manchmal auch. General de Gaulle hat einmal gesagt: „Staaten haben keine Freunde, Staaten haben Interessen." Kann dieser Interessenunterschied wirklich durch immer größere, überstaatliche, übernationale Organisationsformen, Kommissariate und Zentralkomitees aus der Welt geschaffen werden?*

Schmidt: Ja und nein. Generell nein. Aber in Europa zu einem großen Teil ja, es ist möglich. Trotz einer Reihe von Fehlentwicklungen ist die Europäische Union ein phänomenaler Erfolg. Nirgendwo, weder in China noch in Indien oder überhaupt irgendwo in Asien, weder im Zweistromland noch in Ägypten oder in Europa – nirgendwo haben sich in den letzten 4000 Jahren souveräne Völker oder Staaten aus eigenem Willen zusammengeschlossen. Aus freiem Willen – nicht unter dem Druck von Dschingis Khan, Stalin oder Alexander dem Großen, vom gelben Kaiser, von Adolf Nazi oder welcher Eroberer es gerade gewesen ist. Das wäre noch vor dem Ersten Weltkrieg für die utopische Idee von ein paar Idealisten gehalten worden. Und nun ist es Wirklichkeit. Das heißt, es ist möglich, um auf Ihre Frage zurückzukommen, dass Staaten ihre Interessen bündeln.

Bölling: *Herr Schmidt, Sie haben gleich zu Beginn des Kosovo-Konflikts gesagt, dass die Nato-Intervention gegen das Völkerrecht verstoße. Und Sie haben angemerkt, die Verbündeten dürften sich nicht von der stärksten Macht im Bündnis gängeln lassen. Bundeskanzler Schröder hat dann mit dem Satz reagiert: „Auch große Staatsmänner können sich irren." Haben Sie diesen Kommentar als disziplinierter Sozialdemokrat einfach geschluckt?*

Schmidt: Ja. Nicht als disziplinierter Sozi, sondern ich habe gedacht: „Schmidt, begib dich nicht unnötig in das innenpolitische Gerangel. Du bist 80 Jahre alt."

Bölling: *Und Sie haben auch einmal gesagt, Sie wollten bis zu Ihrem letzten Atemzug Sozialdemokrat bleiben. Haben Sie da an diesen Satz gedacht?*

Schmidt: Nein. Aber ein Sozi bin ich immer noch, bleibe ich auch.

Gauweiler: *Es zeichnet sich ab, dass unter dem Dach der Nato eine neu-alte europäische Verteidigungsgemeinschaft entsteht. Wird diese Gemeinschaft über eigene Atomwaffen verfügen, und soll das Deutschland des 21. Jahrhunderts bei einer solchen europäischen Verfügungsgewalt ein gleichberechtigter Partner sein?*

Schmidt: Zunächst einmal sind wir ja noch ganz weit weg von einer gemeinsamen Sicherheitspolitik.

Gauweiler: *Führen aber schon wieder Kriege, wie wir gerade gehört haben.*

Schmidt: Ja. Aber das war ein Krieg der besonderen Art. Und es war auch kein Krieg der Europäischen Union, sondern es war ein Krieg der Amerikaner mit ihren Hilfstruppen. Den würde ich nicht als signifikant oder symptomatisch für die Entwicklung im nächsten Jahrhundert ansehen wollen. Zurück zu meinem Gedanken. Einstweilen sind wir noch zwölf, vielleicht 20, vielleicht 25 Jahre entfernt von einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik. Es ist undenkbar, dass sie ohne eine gemeinsame europäische Außenpolitik zu Stande kommt. Die Frage der Art der Bewaffnung ist im Grunde eine Frage von, ich will nicht sagen, tertiärer, aber sekundärer Bedeutung. Das wird man dann entscheiden, wenn es so weit ist. Ich hielte es für gegenwärtig abwegig, wenn ein deutscher Politiker meinte, er müsste ge-

nau wie die Franzosen seine eigenen Nuklearwaffen haben. Ich glaube, dass die Engländer und die Franzosen noch lange Zeit dieses in ihren Augen wichtige strategische Potenzial behalten wollen, das in ihren Augen zugleich ein Abzeichen ihres Weltmachtranges ist.

Einstweilen gibt es auf der Welt acht nukleare Mächte. Es gibt die fünf, die gleichzeitig im UN-Sicherheitsrat ihr Vetorecht haben, sozusagen die fünf klassischen Nuklearmächte. dann Indien, Pakistan und Israel. Israel nicht offiziell erklärt, aber von jedem als Nuklearmacht respektiert. Es gibt weitere Mächte, die danach gestrebt haben, zum Beispiel Südafrika; es scheint, als ob sie es endgültig aufgegeben haben. Wie das in Südamerika aussieht, kann ich nicht beurteilen. Es scheint, dass Nordkorea danach strebt. Wie weit sie wirklich sind, weiß ich nicht. Die drei großen unter den klassischen Nuklearmächten, USA, Russland und China, arbeiten gewaltig an der Modernisierung ihres nuklearen Potenzials und der dazu notwendigen Trägerwaffen. Möglicherweise sind die dabei fälligen riesenhaften Investitionen Fehlinvestitionen. Das weiß man auch noch nicht.

Bölling: *Wie meinen Sie das mit der Fehlinvestition?*

Schmidt: Weil die Drohung mit nuklearen Waffen möglicherweise nicht brauchbar sein wird. Nehmen wir als Beispiel diesen Kosovo-Krieg. Die Nato hat dort ja nicht mal mit ihren klassischen Luftwaffen gedroht, mit Bombenteppichen. Es ist nicht gesagt worden: „. . . oder wir schmeißen Belgrad in Trümmer." Das heißt, diese Waffen waren zwar da, aber sie wurden nicht eingesetzt. Ich bin nicht sicher, dass die Nuklearwaffen jemals eingesetzt werden. Ich weiß es nicht. Vielleicht ein Verrückter, das kann sein. Das muss aber dann nicht unbedingt Schule machen.

Die wirkliche Frage, die sich hinsichtlich der Verteidigung Europas ergibt, ist nicht primär die Frage der Bewaffnung, sondern die Frage ist: Was soll Europa mit seiner gemeinsamen Sicherheitspolitik wollen? Sicherlich nach wie vor äußere Sicherheit gegen denkbare Verletzungen von außen; solche sind im Augenblick nicht gerade erkennbar und stehen nicht vor der Haustür. Aber das muss natürlich die wichtigste Aufgabe bleiben. Ob es darüber hinaus eine wichtige Aufgabe ist, in fremde Konflikte mäßigend, dämpfend einzugreifen, den Genozid in anderen Staaten zu verhindern, darüber kann man lange philosophieren. Der Kosovo-Krieg ist möglicherweise – und viele Leute propagieren das ja – der Beginn einer Umgestaltung des Völkerrechts. Das klassische Völkerrecht beruht auf dem Prinzip der Souveränität der Staaten. Das haben wir bewusst – wir, der Westen insgesamt –, bewusst im Kosovo bei Seite geschoben. Ich bin sehr skeptisch. Es wird wahrscheinlich darauf hinauslaufen, dass man dort eingreift, wo eigene Interessen sich einmischen. Und dass man dort nicht eingreift, wo eigene Interessen es verbieten, sich einzumischen. Kein Nato-Mensch und kein Amerikaner liebäugelt mit dem Gedanken, im Kaukasus einzugreifen, in Tschetschenien, in Dagestan oder Afghanistan oder im Pandschab, in Jammu und Kaschmir oder Osttimor. Keiner hat sich in Ruanda und Burundi eingemischt. Und keiner mischt sich gegenwärtig ein, wo sich Äthiopien und Eritrea gegenseitig völlig überflüssigerweise bekriegen.

Also das ist alles sehr im Fluss und erschwert vermutlich die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik. Es kann sie beschleunigen, wenn eine amerikanische Präsidentschaft Dinge betreiben sollte, die den Europäern missfallen. Ich war erstaunt, dass Chirac und die französische Regierung auf die amerikanischen Kriegführungspläne im Kosovo ohne Weiteres eingegangen sind. De Gaulle hätte lange gezögert und Bedingungen gestellt. Ich glaube nicht, dass die Franzosen ein zweites Mal auf so was eingehen.

Bölling: *Herr Schmidt, der Pariser „Figaro" hat neulich eine gewisse Arroganz der Deutschen gegenüber Frankreich nach der Vereinigung unseres Landes diagnostiziert. Fehlt der neuen Regierung im Verhältnis zu Paris womöglich das notwendige Fingerspitzengefühl?*

Schmidt: Derjenige, der am wenigsten Fingerspitzengefühl hatte, war Herr Trittin, aber der ist noch nicht unbedingt symptomatisch für die gesamte Regierung. Seit dem Herbst 1989 ist die veröffentlichte Meinung in Paris, aber auch die Gefühle vieler Menschen – sowohl Intellektuelle als auch die politische Klasse – in ihrer Einstellung gegenüber Deutschland kritischer geworden, als sie vorher in den achtziger und in den siebziger Jahren gewesen war. Das hängt mit den Größenordnungen zusammen. Deutschland hat plötzlich deutlich über 80 Millionen Menschen. Frankreich liegt bei 57 oder 58 Millionen. Das ist mehr als ein Drittel Differenz. Die gleiche Differenz übrigens wie zu England und Italien. Das schafft Unbehagen. In dem Punkte des Verhältnisses zu Deutschland sind die Franzosen empfindlicher als die Deutschen in puncto ihres Verhältnisses zu den Franzosen. Das ist ein „fact of life", das müssen die Deutschen wissen. Mir ist es auch einmal passiert, dass ich in einer französischen Zeitung – ich glaube, es war eine kommunistische Zeitung, „Humanité" – als „le Feldwebel" beschimpft worden bin.

Bölling: *Was die bürgerlichen Zeitungen genussvoll aufgenommen haben.*

Schmidt: Die deutschen bürgerlichen Zeitungen.

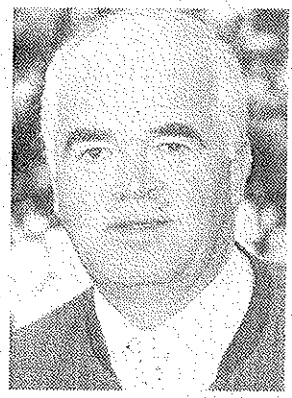
Gauweiler: *Was Ihnen aber hier nicht geschadet hat.*

Schmidt: Hat mir nicht geschadet, hat aber auch nicht genützt. Ich habe darauf nicht repliziert. Man muss nicht auf alles antworten.

Manche wirtschaftlichen Führungsfiguren neigen heute zum Größenwahn

Eiche und Linde vereint

Von Peter Gauweiler



Nun kenne ich nicht nur Rhöndorf, wo Konrad Adenauers Rosen noch immer blühen, bin nicht nur in Rott am Inn gewesen, wohin Marianne und Franz Josef Strauß immer wieder heimkehrten. Heute forschen meine Gefährten und ich im meerumschlungenen Land der Nordlichter, in Schleswig-Holstein, um das Biotop eines anderen Großen zu besichtigen: Helmut Schmidt hat uns zum Tee in sein Ferienhaus geladen, am Brahmsee, in Langenwedel. Es riecht ein bisschen nach Seeluft, und man möchte als Auswärtiger gleich den „Schimmelreiter" zitieren und Aquavit trinken. Dem sprechen wir dann später in anständigem Umfang zu, als ihn unsere Gastgeber anbieten.

Es ist ein höchst behaglicher Ort, den sich Helmut und Loki Schmidt hier eingerichtet haben. Ohne Schnickschnack, mit vielen Büchern und einem großen Schachbrett, das wie eine Trophäe im Wohnzimmer an der Wand hängt. Die Zurückhaltung, das Understatement des Bauwerks kontrastieren mit der Weltberühmtheit seiner Bewohner in angenehmster Weise.

Mit Blick auf das schilfige Seeufer reden wir über Gott und die Welt. Und über Deutschland, die politische Zukunft des deutschen Volkes. Schmidts Präzision und Ausdruckskraft sind beeindruckend, sein druckreifes Sprechen, übrigens auch das Aussehen. Von den Strapazen des 80. Geburtstags ist nichts mehr anzumerken.

Aber bei aller Beschaulichkeit der Atmosphäre – Helmut Schmidt hat sein wichtigstes Machtmittel auch hier zur Verfügung: die Macht über die Sprache. Und – aufgepasst liebe Freunde und Parteifreunde – er ist bereit, sie zu gebrauchen. Wenn dieser Mann das öffentliche Wohl des Landes gefährdet sieht, wird ihm kein Alter zu beschwerlich sein.

Das ist der eine besondere Eindruck. Der andere hat mit Schmidts hochsympathischer Frau zu tun und einer Art des Zusammenlebens, die man nur klassisch nennen kann: „Zwei nur machen das Haus/und dieselben befehlen und folgen" heißt es bei Ovid über Philemon und Baucis, das älteste Liebespaar der Welt, dessen Wunsch die Götter erfüllten – zusammen zu bleiben: „Eiche und Linde vereint."

Wer so lebt, ist unbesiegbar.

Der Lotse ist hellwach geblieben

Von Klaus Bölling

Wer die Politik des fünften Kanzlers dieser Republik über viele Jahre darzustellen, zu interpretieren und bisweilen auch zu verteidigen hatte, der ist im Urteil über den Hanseaten naturgemäß ziemlich befangen.

Ganz abgesehen davon, dass der Hamburger auf alles, was nach Süßholz schmeckt, eher ungnädig reagiert. Wer ihn mit der Anrede „Herr Bundeskanzler" zu erfreuen meint, wird sogleich und manchmal auch etwas barsch darauf hingewiesen, dass er es mit „Herrn Schmidt" zu tun hat.

Der junge Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Hamburg-Bergedorf hat sich einst den Titel „Schmidt-Schnauze" eingehandelt. Nur war da bei den vielen Hinterbänklern der Union allemal Respekt vor dem rednerischen Talent und dem Ungestüm, mit dem er auf die Granden der Adenauer-Partei losging. Widerwillig musste ihm der politische Gegner schon damals seine überlegene Kompetenz auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik konzedieren.

Das Temperament der frühen Jahre ist Helmut Schmidt erhalten geblieben. Weshalb ich das gängige Bild vom „elder statesman" eher für ein Klischee halte. Mag er selber das auch etwas anders sehen.

Gauweiler und ich trafen nicht einen abgeklärten, mit Selbstreflektion beschäftigten alten Mann, der sich mit seiner Frau Hannelore („Loki") – die sein bester Gesprächspartner ist – aus der Welt zurückgezogen hat.

Schmidt, den viele Deutsche auch heute noch als einen unbedingt zuverlässigen Lotsen in schwierigen Zeiten verehren, denkt und lebt mitten in der Gegenwart.

Und er redet mit der gleichen Direktheit und Präzision, die ihn vor mehr als 40 Jahren charakterisierte.

Anders als Willy Brandt, der sich als demokratischen Sozialisten definierte, verstand sich Schmidt stets als sozialer Demokrat.

Er hatte nicht, wie manche früher gesagt haben, das falsche Parteibuch. Er war und bleibt ein genuiner „Sozi". Auch dann, wenn er, wie in diesen Tagen, vom Tun der Genossen nicht gerade beglückt ist.